

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Anabhängigen Sozialdemokraten.

Eingelnummer 25 31. Durch Abträger 1,40 Mk. für die Woche, 9,- Mk. für den Monat.
Durch die Post: 6,10 Mk. für den Monat.

Breslau 1, Moltkestraße 42/50. Preis 200.- Zeitungskosten: 100.- Mark.

Reklamatur: Die Sonderausgabe, Moltkestraße 42/50, Preis 200.- Zeitungskosten: 100.- Mark.

Kontinuierliches Fortdauer des polnischen Eisenbahnerstreiks.

Der Streik der Eisenbahnerbediensteten in Warschau geht an. Der Zugverkehr ruht vollständig. Die Lage wird als sehr ernst angesehen, da die Hauptstadt durch den Streik vollständig von allen Lebensmittelzufuhren abgeschnitten ist.

Von der internationalen Front.

Spanien. In Sevilla Lage noch sehr gespannt. Die sozialistischen Zeitungen sind verboten. Die Gefängnisse überfüllt. Unamuno, Professor an der Universität Salamanca, erhielt wegen Majestätsbeleidigung — 20 Jahre Gefängnis!

Portugal. Der Generalstreik ist nahezu vollständig. Alle Postbeamten, Seeleute, Eisenbahner, Hafenarbeiter und Bäcker haben im ganzen Lande die Arbeit eingestellt.

Belgien. Der Bergarbeiterstreik im Gebiet von Mons dauert sich aus.

England. Aus London wird das Ergebnis der Abstimmung gemeldet: Es sind 635 098 Stimmen gegen den Vorschlag der Grubenbesitzer abgegeben worden und 51 428 dafür.

Amlich wird mitgeteilt: Die Konferenz der Bergarbeiter hat beschlossen, daß die Streikankündigungen am 16. Oktober fällig werden.

Die Bäcker haben beschlossen, den Preis für das 4-Pfund-Brot, der gegenwärtig 1 Schilling beträgt, um 50 Prozent zu erhöhen.

Norwegen. Neue russische Offensive! Wie "Berlingske Tidende" aus Stockholm telegraphiert wird, haben nach einer Moskauer Meldung die Bolschewisten den Kampf auf der ganzen polnischen Front wieder aufgenommen. Sie berichten von einer Reihe Erfolge. U. a. melden sie, daß sie die Stadt Molodetchno zurückerobern.

Wengland zu Wrangel! „Politiken“ meldet aus Boris: General Wengand ist mit seinem Stabe nach Südnorwegen abgereist, um den Oberbefehl über Wrangels Heer zu übernehmen. In Konstantinopel sind französische Truppen angekommen, die im Kampfe gegen die Bolschewisten an der südrussischen Front Verwendung finden sollen. Es handelt sich hauptsächlich um schwarze Truppen.

Sowjetrußland liefert Baumholz.

Man meldet aus Helsingfors, daß laut der Petrograder "Krasnaja Gaveta" die Bolschewiki Lieferungsverträge auf Ausfuhr von Baumholz nach Schweden und England abgeschlossen haben. Diese Käufe belaufen sich auf eine runde Summe von 8 Millionen Pfund Sterling. Die britische Regierung allein hätte von den Sowjets eine Million Eisenbahnhölzer gekauft.

Illusionen.

In London wurde die Internationale Wirtschaftskonferenz abgehalten. Der deutsche und der österreichische Botschafter wohnten der Verhandlung bei. Frankreich war nicht, Belgien und Italien nur schwach vertreten. Die wirtschaftliche und politische Macht Europas und der daraus folgende Zwang zum solidarischen Aufbau wurden durch zahlreiche Reden nachgewiesen. Die Engländer Bebbon, Macmillan, Lodd, Lee u. a. gestalteten ihre Reden zu schmalem Anlagen. Aber Schreiber schilderte die soziale Zerrüttung Deutschlands, insbesondere die Verhinderung der herauswährenden Generation, die so nicht Trägerin des Wiederaufbaus werden kann. Starke Beifall fanden die Ausführungen von Schulze-Sträter und Helmuth von Gerlach, von denen ersterer die Ursachen der Krise, darunter der Friedensvertrag, und die Grundlinien des Wiederaufbaus mit Rücksicht der Bereitschaft zur lokalen Erfüllung der Reparationspflicht darlegte. Seine Ausführungen gipfelten in dem Satze: „Gebt uns Kohlen, dann arbeiten wir.“ v. Gerlach vertrat den Standpunkt des radikalen Pazifismus, legte ein heißwillig aufgenommenes Bekenntnis zum Bölkowbunde ab und forderte die baldige Aufnahme Deutschlands in denselben.

Das der Konferenz wird praktisch nichts herauskommt.

Der Berliner Zeitungskrieg ist für die Streikenden erfolgreich beendet.

Das Ende der „freien Vieh-Wirtschaft“.

Die "Bresl. N. N." schreiben: Die ersten freien Viehmärkte nach Aufhebung der Zwangsirtschaft hatten bisher auf allen Märkten einen so geringen Auftrieb, daß es sich eigentlich erübrigte, dies der Öffentlichkeit noch bekannt zu geben, wenn nicht die Allgemeinheit an den dadurch herverursachten hohen Preisen ein Interesse hätte. Geradezu Phantasierei wurden für noch nicht einmal vollfleischige ausgemästete Tiere gezahlt. Trotzdem auf vielen Märkten durch Plakate die Aufkäufer gewarnt wurden, die Preise so niedrig wie möglich zu halten, damit einerseits nicht wieder die Zwangsirtschaft eingeführt werde, andererseits aber um die Ernährung des darbenden Volkes mit Fleisch und Fleischwaren zu erschwinglichen Preisen zu ermöglichen, zahlte man auf fast allen Märkten für 100 Pfund Lebendgewicht bei Kühen 800—850 Mark, für Rinder 600—900 Mark, für Schweine besserer Qualität 1300—1500 Mark, für geringere Ware 1200—1300 Mark. Der Handel verfügt über recht nennenswerte Viehkapital an Großvieh und möglich, daß diese Bestände erst dann zum Verlauf kommen, wenn die Preise die erwünschte Höhe erreicht haben. Andererseits aber tragen auch viel die Konfervenfabriken mit Schuld an der derzeitigen Versteuerung des Schlachtviehs, da die Fabriken schon ab Stall die oben genannten Preise zahlen. Wenn nicht schon die nächsten Märkte eine wesentlich reichere Zufuhr bringen, dürfen wir auf unsern Viehmärkten zu ganz unhalbaren Zuständen kommen und die Regierung zwingen, neue Zwangsmaßnahmen zu treffen.

Es ist also das prompt eingetreten, was alle Einsichtigen voraussehen. Die Anarchie in der Lebensmittelwirtschaft wird jedoch erst dann verschwinden, wenn der Kapitalismus endgültig am Boden liegt.

Die Sparsamkeit.

"B. T. B." meldet: Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat sich in einem Schreiben an die Freiburger "Tagespost" über die gegenwärtige finanzpolitische Lage und über die Stellung der Reichsregierung zur Besoldungsordnung und deren Verabschiedung geäußert, woher er u. a. sagte:

Es handelt sich bei meiner Stellungnahme zu weitergehenden Beamtentwürfen nicht darum, dieser oder jener Gruppe etwa aus Gehäftsgelehrten eine Höherstufung anzuhilfigen oder zu versagen, sondern ich habe sowohl den einzelnen Ministerien gegenüber wie auch in der entscheidenden Sitzung der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß es nach meiner Auffassung gänzlich unmöglich ist, im Hinblick auf den Ernst der Finanzlage des Reiches solche weitergehende Umformungen der Besoldungsordnung noch vorzunehmen, da außer den schon jetzt erwachsenen Mehraufwendungen von 40 Millionen, die zu den Frühjahrsauswendungen hinzutreffen, nochmals eine weitere Milliarde hinzutreten würde. Ich habe nie verkannt, daß selbstverständlich nicht alle Harten der Besoldungsordnung nunmehr ausgeworfen sind. Im Besoldungsausstausch des Reichstages steht nun diese Angelegenheit zur Beratung. Er hat jede einzelne Position zu prüfen und den Finanzminister und seine Mitarbeiter zur Rücksicht zu ziehen.

Der Minister erinnert an seine Mitteilungen, die er in einer der letzten Sitzungen des genannten Ausschusses gemacht hat, daß die Regierung für eine Besoldungsordnung, die einen gänzlichen Neuanfang bedeutete, eine Verantwortung nicht übernehmen könne. Alle Forderungen auf Hebung verschiedener Beamtenklassen unter dem Gesichtspunkt der Berechtigung zu prüfen, sei Sache des Ausschusses.

Sparsamkeit ist ganz schön, aber selbsterklärendlich geschieht im kapitalistischen Staate die Sparsamkeit auf Kosten der Beamten. Das Kapital kann machen, was es will; es sabotiert die Steuern. Die Beamten werden auf die Sparsamkeits-Politik der Regierung die richtige Antwort zu geben wissen. Sollen sie noch mehr verelenden!

Knebelung.

D. Li. In der kapitalistischen Gesellschaft sind die Arbeiter (Hand- und Kopfarbeiter) von den Produktionsmitteln, den Fundamenten der Wirtschaft, die im Privat- und Staatsbesitz liegen, effektiv, rechtlich und psychologisch getrennt. Die Arbeitskraft der (besitzlosen) Menschen, deren Bedeutigkeit die Güterproduktion, also die Existenz der Gesellschaft doch erst ermöglicht, ist im (historisch begründeten) System des Kapitalismus nichts weiter als Ware auf dem Arbeitsmarkt, die der Unternehmer so billig als möglich zu kaufen trachtet, um durch deren Aktivität so viel als möglich Mehrwert, also Profit, für sich zu gewinnen. Die Interessen von Kapital und Arbeit laufen stets z. B. und die berüchtigte, von der sozialverräterischen S. P. D. propagierte "Arbeitsgemeinschaft" um einen "Ausgleich" zwischen den beiden Gegensätzen zu schaffen, ist ein glatter Betrug an den Arbeitern, dient zur Unterdrückung des Kapitals und muß in dem Maße absterben, wie das unausweichliche Breiterwerden der Kluft zwischen Kapital und Arbeit auch dem letzten S. P. D. Proletarius die Täuschung der unüberbrückbaren Gegensätzlichkeit zu Bewußtsein kommen läßt. Die Unternehmer müssen ja zur Herauswirtschaftung des Profits darauf sehen, die (Real-) Löhne niedrig, Arbeitszeit resp. Arbeitsintensität (Affordarbeit) und die Warenpreise hoch zu halten. Da für sie die Güterproduktion nicht als sozialer Zweck, sondern einzig und allein als Mittel zur Gewinnerzielung in Betracht kommt, sind all ihre Maßnahmen, im großen und im kleinen, auf Grund dieser Tendenz eingestellt, sie "legen", um nur ein Beispiel, das aber gerade jetzt sehr aktuell ist, anzuführen, ohne weiteres die Produktion still, wenn ihnen der Kapital nicht mehr genügt; sie brechen weiter den ganzen Betrieb ab, um ihn (bis zum letzten Ziegelstein) als Ware irgendwohin (ins Ausland) zu verschicken. Al das geschieht, selbst wenn das Land, in dem „ihre“ Werte stehen (Deutschland), nichts so notwendig braucht als geregelte und erhöhte Gütererzeugung, als Wiederaufbau. Mühevoll zu sagen, daß die Kapitalisten ihren ökonomischen Besitz, ihre soziale und politische Machtposition gegen jeden Widersacher mit Zähnen und Klauen verteidigen und ohne Bedenken all ihre geprägte Humanität über Bord werfen, wenn es gilt, ihre Privilegien zu retten. Andererseits sind (einfach aus Selbstbehaltung heraus) die Interessen der (besitzlosen) Proletarien leider lange nicht allgemein, klar und energisch genug) darauf gerichtet, ihre Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen, d. h. so viel als möglich Lohn zu erhalten, die Arbeitszeit und Arbeitsintensität zu beschränken, so billig als möglich auf dem Warenmarkt zu kaufen, ihre Existenz überhaupt zu sichern, sich schließlich zu Herren der Wirtschaft zu machen, um sie planmäßig zu leiten, sie allmählig zu höchster Energie zu bringen, den allgemeinen Wohlstand, soziale Kultur und reines Menschentum zu schaffen. Aus der scharfen und immer scharfer werdenden Gegensätzlichkeit zwischen Kapital und Arbeit entstehen natürlich Konflikte, die aber das Kapital, wenn es nur Wohlkämpfe sind, letzten Endes (direkt oder indirekt) immer siegreich besteht, so lange es an der Macht ist.

Eins der hauptsächlichsten Mittel des Proletariats im wirtschaftlichen und politischen Kampfe gegen das Kapital ist bestimmt der Streik, die Knebelung der Arbeitskraft, das Auflösen der Wirtschaft (Wirtschaft im weitesten Sinne des Wortes). Niemand wird davon zweifeln, daß der Streik an sich, rein sozialökonomisch, ein unglaublicher Wahnsinn ist, zumal in einem Lande wie Deutschland, wo die Wirtschaft sowieso ein überraschendes Leben führt. Und es sei an dieser Stelle bereits darauf hingewiesen, daß von dem Augenblick an, wo das Proletariat die politische Gewalt inne hat, um die Sozialisierung durchzuführen, das Haus für die sozialistische Gesellschaft zu ziehen. Circus auf dem sozialistischen Programm getrieben sind und kein Streitpunkt und seine Streitfähigkeit mehr zu dulden werden kann. Der Streik des Proletariats dienst als Waffe einzig und allein zur Bekämpfung des Kapitals und seiner Vertreter, einen anderen Zweck kann er nicht haben. Unter der Diktatur des Proletariats, die zur Abwicklung des sozialistischen Staates dient und zur sozialen Fortschrittsbewegung

erhöhen sich proletarische Streiks von vornherein, bürgerliche werden mit allen Mitteln gebrochen werden müssen. Diktatur des Proletariats heißt Aufbau — Besonders verhaft beim Kapital sind unverhofft einzegende und politische Streiks des Proletariats. Und es ist klar, daß es entsprechend seiner jeweiligen Macht Maßnahmen aller Art trifft, um dieses proletarische Kampfmittel abzutöten. Die lebhafte Unterstützung darin hat es seit dem 9. November von der sozialrevolutionären S. P. D. erhalten. Die technische Not hilfe, diese Streikbrecherbande zu Gunsten der kapitalistischen Reaction, ist bekanntlich ein Kind der S. P. D., und wenn gebührt die Befreiung für das sogenannte Antistreikgesetz, das über kurz oder lang Wirklichkeit werden soll? Der S. P. D. treu ihrem Prinzip der Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit bewirkt sie den Streik des Proletariats, wenn es gegen den kapitalistischen Stachel loft. Wieder ein Beweis für den Nutzen der Arbeitsgemeinschaft — für das Kapital! Das von Tag zu Tag politisch immer mehr erfahrende Kapital ruft nun in der letzten Zeit wieder recht laut nach dem Antistreikgesetz.

II.

In der letzten Montagssummer der kapitalistischen „Breslauer Zeitung“ ist ein Artikel des Demokraten und Reichsminister a. D. Schäffer abgedruckt, den genannte Blatt der „Neuen Hamburger Zeitung“ entnimmt. Es heißt da wörtlich:

Reichsminister a. D. Schäffer weist in der „Neuen Hamburger Zeitung“ auf Gewalttätigkeiten hin, die in der letzten Zeit von radikalen Elementen verübt worden sind; er hebt besonders die brutale Besetzung des Kraftwerkes Heizermühle und den wilben Streik der Kesselheizer des Kraftwerkes Moabit hervor und sagt dazu:

Sind es nicht etwas Ungeheuerliches, daß eine handvoll Menschen das gesamte Berliner Berufsleben auf das Säuberse beinhäufigen und stören, zum Teil geradezu lahmlegen kann? Dieses Beispiel lehrt wieder einmal auf das Sinnloseste, daß im Organismus unserer Wirtschaft etwas nicht stimmt, indem der Grundzustand der Koalitionstreue dergestalt überprägt wird, daß er die Interessen der Allgemeinheit der Käffche einzelner und ihren durchaus unsozialen Bestrebungen überlässt. Aus der Erkenntnis dieses Zwiespals ist das Verlangen und der Entschluß erwachsen, durch ein befürwortetes Gesetz die Grenzen zwischen erlaubten und unerlaubten Arbeitsumstellungen zu ziehen und sie unter Benutzung des Schlüttungsgedankens durch die Machtmittel des Staates zu führen. Seidem ist ein Jahr verflossen. Das Gesetz wurde wieder und wieder versprochen, zum ersten Male bei der Erledigung des Betriebsvertrages, mit dem es in der Tat auch in innerem Zusammenhang steht; aber bis heute ist es noch nicht vorgelegt. Das ist insbesondere für die Deutsche Demokratische Partei, die auf die Einbringung eines solchen Gesetzes das größte Gewicht legt ein unmögliches und unwiderlegliches Zustand. Die Reichsregierung wird nicht umhin können, die Angelegenheit nunmehr etwas energischer zu betreiben. Sie wird jedenfalls in dem Aktionsprogramm, das sie, wie verlautet, dem Reichstag vorzulegen gedenkt, einen ersten Schritt einnehmen müssen. Dieses Aktionsprogramm kann nach Form und Inhalt eine echte politische Rolle spielen. Es muß dazu dienen, die eingerissene erschütterte Stellung der Regierung wieder zu festigen. Die Krise, die durch die unzählige Herausbildung eines Streitkrieges über den Eintritt der Sozialdemokratie in das Kabinett entstanden war, darf wohl als befehligt gelten. Die Sozialdemokratie tritt nicht ein und das Kabinett bleibt. Über jene Erörterung hat doch die Autorität der Reichsregierung nicht unberührt geblieben, alzo steht ihr bestimmt, daß sie in sich allein nicht den nötigen Rückhalt finde und einer Ausdehnung ihrer zu schriftlichen Besitz bedürfe. Sie wird ihr nicht zuteil. Dann kann sie aber das, was sie an innerem Nachwuchs nicht erlangen kann, durch innere Zerfließung erreichen. Daraus Brod aus dem Aktionsprogramm dienen. Es soll die Aufgaben, die sie die Regierung für die unmittelbare Zukunft aufzutragen stellt, neu auf sich beziehen und zugleich darüber lachen, daß sie ausgeschlossen ist, bei Lösung dieser Aufgaben, wie überhaupt bei der Führung der Beziehungen für das, was sie für Recht erkannt hat, mit vollem Kraft und auf jede Gefahr hin einzutreten.

(Fortsetzung folgt.)

Zu der Handelskammer zu Chemnitz, der wohl mit die meisten fabrikativen Betriebe in Deutschland unterstellt sind, hielt französisch die Gruppe Chemnitz-Erzgebirge des Handelskamms eine Tagung ab. Nach den Preisbewegungen schien die ganze Tagung auf Nachschau zur Absicherung der Revolution eingestellt gewesen zu sein. Es wurde behauptet, daß der Handelshand die am offiziellen wirtschaftspolitischen Organisations des gehobenen Unternehmens seien, daß das Unternehmenskabinett des Selbstschutzes mit allen Mitteln organisiert wäre, daß die einzelnen Fachgruppen des deutschen Unternehmenskabinetts mit einer Sonderpolitik nicht rechnen könnten, sondern im Kampf gegen Sozialismus, sowie gegen die Diktatur des Proletariats eine strenge Zusammenstellung durch eine zielgerichtete Organisation benötigen.

Parteitag.

12. Oktober 1920. Nachmittagsitzung.

Genosse Braunschweig-Berlin: Genosse Sieg hat erneut, daß viel zu wenig für die Zusammenarbeit getan werden sei. Da ich für diese als Schriftsteller angefaßt werden bin, muß ich mich dazu erklären. Mein Empfindung ist, daß dieser Schriftsteller des Deutschen Reiches, eine Erfahrung haben möchte, mit dem so erzielten Schriftsteller eine starke Bindung einzugehen. Sein allgemeines Interesse betrifft, daß das Schriftsteller nicht den Zweck nicht erfüllt sieht. Die proletarische Schrift bei Ihnen ist ein wichtiger Bereich, bei dem ich mich sehr interessiert habe. Diese Politik und Kulturrevolution sind mir immer ein großer Anreiz. Wenn wir dies gemeinsam machen, dann wird man erfahren, daß der deutsche Nationalrat, der die Geschafften Sieg hier gemacht hat, nicht gereift. Sicher ist mir, daß wir zusammenarbeiten, daß ich gemeinsam mit der Deutschen Schriftsteller einen Kontakt mit dem Schriftsteller und Schriftsteller zusammenführen. Ich will Ihnen auch noch danken, daß Sie sich hier für uns interessieren.

Genosse Schlesien-Sachsen: Wir möchten es immer als eine große Freude wissen, wenn der Parteitag, der wir hier zusammenfinden, zum Segen bringt, zum Segen auf die Menschen und zum Segen für den Proletariat.

schwages über die Knüppel der Mansfelder Arbeiter, der Genosse Dittmann ist. Daher legen wir Wert darauf, nochmals zu erklären, daß der Vorwurf, die Mansfelder Arbeiter würden den Parteitag in Halle auseinandersetzen, völlig aus der Lust gegriffen ist. Die „Freiheit“ hat unsere Gegenklärung nicht gebracht, im Gegenteil: sie hat uns weiter zu demonstrieren versucht, indem sie den Unsan ausstreute, der Vorsitzende der Hälischen Organisationen hätte gedauert, von dem Zentralkomitee durfte niemand aus Halle herausgelassen werden, die rechten Mitglieder des Zentralkomitees müßten sämtlich totgeschlagen werden. Das ist die Kampfweise der Genossen, die heute als Außenseiter aufgetreten. Wenn die Auseinandersetzungen in den letzten Wochen von uns scharf geführt worden sind, so nur, um die Partei zu der eindeutig zielbewußten Kuren zu machen, wozu uns der Parteitag verhelfen soll.

In einer sachlichen Richtigstellung widerlegt Genosse Leemann-Halle die Anschuldigungen, die gegen die Hälischen Parteigenossen erhoben worden sind. Mit Hilfe ausgedehnten Materials belegt er seine Darstellungen, aus denen hervorgeht, daß die erhobenen Angriffe unbegründet sind. Die „Freiheit“ hat die Berichtigung des Hälischen Parteitages nicht wiedergegeben. Demgegenüber bemerkte Genosse Herzog in einer persönlichen Bemerkung, daß die genannte Erklärung in der Dienstag-Morgen-Ausgabe der „Freiheit“ wiedergegeben ist.

Genosse Kallweit-Hamburg versucht in einer sachlichen Richtigstellung, die Ausführungen Thälmanns über die Hamburger Verhältnisse richtigzustellen. Crispin polemisiert

Les Trotski:

Die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft bedeutet die Organisierung der Werkstätten auf neuen Grundlagen, ihre Anpassung an diese Grundlagen, ihre neue Arbeitserziehung mit dem unveränderlichen Ziel — der Erhaltung der Arbeitsproduktivität. Die Arbeitersklasse muß unter der Leitung ihres Parteiklubs sich selbst auf den Grundlagen des Sozialismus neu erzählen. Wer das nicht degradiert hat, der versteht nicht einmal das Einmaleins des sozialistischen Aufbaues.

in einer persönlichen Bemerkung gegen Däumig und Stoedter, die beim Rapp-Büsch Kommunistische Bewährungsparolen in die Debatte geworfen hatten. Nach einer persönlichen Bemerkung des Genossen Koenen äußert sich noch Genosse Schneider-Giseler als Vertreter des Mansfelder Kreises über die mehrfach genannten Mansfelder Bergarbeiter. Es folgen weiter persönliche Bemerkungen von Hilferring, Thälmann, Stoecker und Herzog. Genosse Dittmann gibt einen Antrag der Kontrollkommission bekannt, der Rassentrennung Entlastung zu erteilen. Das Schlusswort der Genossen Sieg wird auf Mittwoch morgen verschoben. Genosse Dittmann kommt noch mal auf die Ausweisung der russischen Gewerkschaftsdelegation zu sprechen und gibt eingehende Kenntnis von den ursprünglichen Abmachungen. Nach Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt ist festgestellt, daß die russische Gewerkschaftsdelegation in Deutschland den Antrag auf vierwöchiges Aufenthalt gestellt hat, um in Deutschland die Sicherung der Route nach Italien abzuwarten zu lassen. Ist dieser Zustand richtig, so kann vor einer Ausweisung keine Rede sein.

Genosse Ledebour erklärt namens der Reichstagsfraktion, daß sich die Fraktion selbstverständlich an das Auswärtige Amt wenden werde. Nach einigen geschäftlichen Bemerkungen wird die Nachmittagssitzung um $7\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

2. Verhandlungstag.

13. Oktober 1920. Vormittagsitzung.

Beschäftiger Genosse Dittmann eröffnet um $7\frac{1}{2}$ Uhr die Verhandlungen. Er macht zunächst einige Mitteilungen auffälliger Art und erläutert dann der Genossin Sieg das Schlagwort zum Schlußreden. Sie beschäftigt sich eingehend mit den Angaben Roemers gegen die Zentralleitung und reicht darauf hin, daß Roemer selbst der Verfasser der Radikalismus über die Kriegs- und Revolutionsschlacht sei, in denen enthalten ist, daß die Entente sozialdemokratischen Liedern Lieder zu niedrig einschätzen. Mag sich das Schicksal der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei vollziehen wie es will, in alle Zukunft, in die fernste Jahrhunderte hinein, wird der Kampf leuchten, den die damals kleine Schar der Unabhängigen gegen den siegessicheren Militarismus und Imperialismus zu einer Zeit geführt hat, da ein Scheidemann und ein Ebert mit den willkürlichen Generälen ihren Frieden geschlossen haben, der dann in der Romantierung Scheidemanns zum Staatssekretär und Ebert zum Kanzler von Wilhelms Gnaden seine Krönung fand.

Dieser heldenhafte Kampf allein schon genügte, um den Namen der U.S.P.D. auf immer fortleben zu lassen, während seine Jahrzehnte die Schande zu verwischen vermögen, mit der sich die Rechtssozialisten zu gleicher Zeit bedient haben.

der Seite Däumig, Stoedter, Roenen, bis sie sich bedingungslos hinter die russischen Anschlußbedingungen stellen. Gibt man da ab, wechselt die Mehrheit in der Zentralleitung.

Genosse Sieg wendet sich auch gegen die Angriffe Stoedters über die Regierungsbildung in Braunschweig, ebenso gegen die Genossen Braunschweig, an die sie bei ihren Worten über die Frauenagitation überhaupt nicht gedacht habe. Soviel weiß ich auch, daß es nicht von einer einzelnen Person abhängt, ob unsere Frauenbewegung intakt ist oder nicht. Über Ton und Moral zu reden, schaft sich nicht auf einem Parteitag, wo so von der linken Seite gegen uns vorgegangen wird. Genosse Sieg schildert die Angriffe und Beschimpfungen, die von der Koenen-Stoecker-Seite gegen das Zentralkomitee geäußert werden und stellt fest, daß es hier diesen Angriffen zuwiderstehen ist, daß im Anfang in vielen Versammlungen der Anschluß beschlossen worden ist, während später die Wahl ein ganz anderes Ergebnis gezeigt habe. So wie man im Lande vorgegangen ist, so wie man in der Zentrale gearbeitet hat, das bedeutet die Zersetzung der Partei und das ist ja auch beabsichtigt. Wir haben das Vertrauen von der weitaus großen Mehrzahl der U.S.P.-Mitglieder, daß sie auch fernerhin zur Partei halten, damit sie ihre historische Aufgabe erfüllen kann, die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats zu sein.

Genosse Richard Müller sagt zu der Feststellung, daß der Genosse Ludwig der Absender des Telegramms war, daß er Müller, wie in Berlin die Aufrichtung einer Räterepublik propagiert habe und daß Ludwig nur das Opfer einer böswilligen Beileidung geworden sein kann.

Der Vorsitzende stellt fest, daß gegen die Angaben der Kontrollkommission keine Einwendungen gemacht worden sind. Genosse Dittmann macht dann Mitteilung von der Anwesenheit ausländischer Genossen. Er knüpft daran die Bemerkung, daß das Zentralkomitee offiziell keine Einladungen an ausländische Parteien ergehen ließ, da man der Ansicht war, daß dieser Parteitag gerade kein erhebendes Beispiel geben wird. Wir haben aber selbstverständlich keinen Zweifel gelassen, daß, wenn die ausländischen Parteien Delegierte entsenden werden, sie uns herzlich willkommen sind. Genosse Dittmann gibt bekannt, daß anwesend ist der Genosse Martow von der Internationalen Metropolitika, der Genosse Longuet von der französischen sozialistischen Partei, der Genosse Sinowjev, Vorsitzender des Exekutivkomites der Kommunistischen Internationale, die Genossen Kabašoff und Schablin als Vertreter der kommunistischen Partei Bulgariens, die Genosse Grimm als Vertreterin des linken Flügels der Schweizer Sozialdemokratie und der Genosse Spektor als Vertreter des jüdischen Volksbundes Russlands. Ich begrüße im Namen des Parteitages diese Genossen. (Fortsetzung folgt.)

Republik Deutschland

Die U.S.P.D. hat überhaupt nicht existiert.

Aus jeder Zeile, aus jedem Wort der Rechtssozialisten hält heute eine diebische Schadenfreude über die durch die Moskauer Bedingungen in unserer Partei hervorgerufenen Wirren. Daß in ihren Reihen auch nicht der leiseste Versuch gemacht wird, die ökonomischen Untergründe der Auseinandersetzungen innerhalb der revolutionären Massen in Deutschland zu verstecken, wer will dies einer Partei, die die deutschen Konterrevolution erfolgreichster Schriftsteller und deren höchster politischer Ausdruck ein Rosse war, verargen! Klein, man braucht sich wirklich nicht zu wundern, daß in rechtssozialistischen Kreisen auch nicht das mindeste Verständnis laut wird. Aber wenn heute Heilmann-Korrespondenz behauptet, die U.S.P.D. habe überhaupt nicht existiert, sie sei stets nur eine Autoppe, ein Bluff gewesen, und wenn in dieser selben Korrespondenz gar noch bewiesen werden will, daß der Beitrag, der unter der Maske der U.S.P.D. gegeben wurde, das deutsche Proletariat um die Früchte der Revolution geprägt habe, dann überschreitet dies doch alle bisher von der Heilmann-Korrespondenz gewohnten Niedrigträchtigkeiten. Auf solche Anwürfe auch nur mit einem Wort einzugehen, hieße die Unschuldigkeit selbst der rechtssozialistischen Lieder zu niedrig einschätzen. Mag sich das Schicksal der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei vollziehen wie es will, in alle Zukunft, in die fernste Jahrhunderte hinein, wird der Kampf leuchten, den die damals kleine Schar der Unabhängigen gegen den siegessicheren Militarismus und Imperialismus zu einer Zeit geführt hat, da ein Scheidemann und ein Ebert mit den willkürlichen Generälen ihren Frieden geschlossen haben, der dann in der Romantierung Scheidemanns zum Staatssekretär und Ebert zum Kanzler von Wilhelms Gnaden seine Krönung fand.

Die Rechtssozialisten liefern die Waffen ab!

Es ist erstaunlich! Der Hauptmann der Reichswehr Arminius von Münch, von 174 Gewehre abgeliefert gegen 16.700 Mark Lösegeld.

Bei dem ganzen Handel hat sich der Herr Hauptmann als geschickter Schieber erweisen. Er hatte sich die Gewehre während der Rütezeit „zusammenbeschädigt“ (wahrscheinlich in Erinnerung an die „Kronjuhren“ im großen Krieg!) und sie dann in der Turmfasserie aufgehängt; jedes protonen Anze entzogen. Seit hat er damit ein gutes Geschäft gemacht!

Geschafft! Besiegte die Diktatur-Zwischen-

Wroclaw.

Die Kloake.

In Wroclaw erscheint ein S. P. D.-Blatt, ein Blatt zur Vertretung der Interessen des Proletariats, ein Blatt zur Förderung der Interessen des Grubenspektrums, ein Blatt des "patriotischen" Durchhalts während des Volksstrebens und des Naske-Enthusiasmus nach dem 9. November. Dieses Blatt heißt: "Schlesische Bergwacht", weil es das Blühen und Gedeihen des Grubenspektrums bewacht. Es lebt von der traurigen Unaufgeklärtheit der Arbeiter und ist eine Kloake. Es gibt in Deutschland kein S. P. D.-Blatt, das sachlich gegen die U. S. P. D. kämpft — und es gibt in Deutschland kein S. P. D.-Blatt, das so gewein, so insam, so schmussig, so unsachlich gegen die U. S. P. D. kämpft, wie die Kloake in Waldenburg, "Die Bergwacht". Die Macher der Kloake sehen ihre Aufgabe darin, Personen, die in der U. S. P., also für das Proletariat wirken, in der schiefsten Weise herunterzumachen, zu verleumden, zu denunzieren, das nennen diese perfiden Burschen: Kampf mit geistigen Waffen. Man müßte eigentlich seine Hand von dem "Bergwacht"-Dreck lassen, aber wir sind es den Arbeitern schuldig, auf die Insassen der Kloake zu antworten. Und so werden wir von nun an die Kloake-Spritzer der Waldenburger Kloake registrieren und kommentieren, um den Mist zu entmisten.

Es hat sich nichts geändert!

Die "Schlesische Zeitung" meldet:

Am 26. Mai fand in Neumarkt eine Versammlung der Deutschen Volkspartei statt, in der es zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Die Polizeibehörde hatte die Beamten angewiesen, dafür zu sorgen, daß nach Schluß der Versammlung die Ruhe und Sicherheit auf den Straßen in keiner Weise gestört werde. Die Beamten schritten deshalb ein, als sich auf dem Marktplatz größere Menschenmengen ansammelten. Der Oberwachtmeister Borchert führte das Kommando. Er ließ sich genötigt, den Säbel zu ziehen, und bei dieser Gelegenheit soll er den Klempner Wilhelm Gelfert auf den Fuß getreten haben. Dieser beschimpfte den Beamten schwer und verigte ihm schließlich einen so heftigen Stoß, daß er zu Boden stürzte. Der Vorfall hatte eine Anklage gegen den Klempner wegen öffentlicher Beleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zur Folge. Am 12. Oktober fand die Verhandlung vor der 4. Strafkammer des Breslauer Landgerichts statt. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis und Publicationsbefugnis für den Beteiligten.

Herr Borchert, der Oberwachtmeister, ist also das obligate Unschuldslamm und der Klempner Gelfert der Verbrecher, der wegen "Beamtenbeleidigung" vier Monate

ins Kästchen zu wandern hat. Preußische Zustände, preußische Justiz — wie unter Wilhelm II. Stand! Aber, es kommen nochmal andere Zeiten!

Kloakes.

Breslau, den 16. Oktober.

Verband der weiblichen Angestellten.

Am 12. d. Ms. fand im großen Saal der Börse eine öffentliche Versammlung des Verbandes der weiblichen Angestellten statt. Die Vorsitzende des Verbandes, Fräulein Meineke aus Berlin, referierte über Kampf und Verständigung. Die Referentin stieg in ihrem inhaltslosen, langweiligen Vortrage, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer vergessen hätten, daß sie Mitglieder des freien Volkes seien und daß sie alle ein gemeinsames Interesse an der Hebung der Industrie hätten. Weiter rühmte sie die guten Resultate des Reichsarbeitsamtes, leider gebe es aber manchen bösen Arbeitgeber, dem es ein Verhältnis für die Interessen der Angestellten mangelt. Die Frauen werden besonders unterdrückt, einmal von den Unternehmern und dann noch von den "Männerverbänden", die ebenfalls kein Verständnis für die besonderen Wünsche der Frauen hätten. Trotzdem müssen die Angestellten aber im Interesse des geliebten deutschen Vaterlandes zu einer Verständigung gelangen.

Dem Redner der Opposition, vom Zentralverband der Angestellten, war es ein Leichtes, mit den widerwärtigen Phrasen der Rednerin auszuräumen. Der hiesige Gauleiter des Deutschen Handlungsgesellen-Verbandes hatte prinzipiell gegen diese Ausführungen nichts einzuwenden (!), er agitierte sogar noch für den Eintritt in den Verband der weiblichen Angestellten. Diesem Redner trat der Kollege Schramm sehr wirkungsvoll entgegen, der auf das Beispiel vom Juden, der den Gauen predigt, hinzuwies und den altdutschen "Schutz- und Trutzgegnern" erwiderte, daß die Angestellten die gute, alte Zeit, mit der guten deutschen Frau, nicht zurückwünschen, sondern eine neue Zeit, mit einer neuen Frau, die eine Kampfschäfrin des Mannes ist, herbeisehn. Im Schlußwort erwähnte Fräulein Meineke, daß die Angestellten andere Interessen wie die Arbeiter, die Schornsteinfeger oder Posthilfsstreicherinnen hätten. Der Verlauf dieser Versammlung bewies wieder einmal den Ließstand der Angestelltenbewegung. Die Referentin fand kein Wort für die streitenden Angestellten im Zeitungsgewerbe und in der Victoria. Sie beschreibt die Stamseligkeit, die noch zu verurteilen sei; sie seien nicht "ordnungsgemäß" vorgegangen. Dagegen klage sie, daß die weiblichen Arbeitgeber im Reichsarbeitsamt zu wenig vertreten seien.

Die Eröffnung des Verbandes der weiblichen Angestellten ist eine Schande für die weiblichen Angestellten. Die Mehrzahl der Angestellten entstammt Proletarierkreisen. Pflicht aller Proletarier ist es, die Angestellten über die kontrollrevolutionären, gelben Arbeitnehmerverbänden aufzulärnen und sie zu veranlassen, diesen Verbänden den Rücken zu kehren.

Achtung!

Genosse Dr. L. S. Juris, Redakteur der "Arbeiter-Ztg." in Warschau, spricht im Auftrage der hiesigen Ortsgruppe der Jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation ("Poale Zion") Montag, den 18. d. Ms., im großen Lessingsaal, Agnesstrasse 5, über "Die jüdische Arbeiterschaft und Palästina". Sonntag nachmittag um 3 Uhr spricht derselbe in Fiddisch im "Arbeiterheim", Albrechtstrasse 50 II, über "Kultur-Probleme des jüdischen Proletariats".

S. Schlich.

Genosse Dr. L. S. Juris, Redakteur der "Arbeiter-Ztg." in Warschau, spricht im Auftrage der hiesigen Ortsgruppe der Jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation ("Poale Zion") Montag, den 18. d. Ms., im großen Lessingsaal, Agnesstrasse 5, über "Die jüdische Arbeiterschaft und Palästina". Sonntag nachmittag um 3 Uhr spricht derselbe in Fiddisch im "Arbeiterheim", Albrechtstrasse 50 II, über "Kultur-Probleme des jüdischen Proletariats".

Kriegsberichte und Kinterblätter.

Um 11. Oktob. fand auch die Schule, ohne verhindert worden zu sein, eine Versammlung der Schulehrer und Lehrerinnen statt, um die Kriegsberichte zu hören. Die Schule ist jetzt geschlossen dort untergebracht.

Gültigkeit der Oktober-Auferstehungen.

Die Oktober-Auferstehungen versiegt am 16. Oktober ihre Gültigkeit. Ein Ultimatum findet nicht statt.

Königskämpfe im Circus Busch.

Die Direktion des Circus Busch ist erbt. Ab Sonnabend, den 16. d. Ms., werden im Circus Busch die Kämpfungskämpfe für die Weltmeisterschaft ausgetragen werden. Der ehrliche Direktor ist es gelungen, bisher 28 der berühmtesten Ringer zu verführen. Dem Kuge der Breslauer Sportfreunde wird sich bei dem Kampf mit den Ringern ein schönes, farbenprächtiges Bild darbieten, das seine Wirkung nicht verfehlte. Das Sportpublikum wird von der Zusammenstellung dieser Konkurrenz überrascht sein, zumal eine so großer Schwierigkeiten wegen, bisher in Deutschland nicht ausnahmen, werden konnten; mit Recht kann man sagen, es werden bärenstarke Männer ihren Einzug in Breslau halten. Die vier besten Ringer aus dieser Konkurrenz werden sich Ende des Jahres in Berlin zwecks Austragung der Weltmeisterschaft einfinden.

Weltmeister Schmidt, der allgemein beliebte Weltmeister, ist in blinder Form seit seinem letzten Krieg noch verfehlt. Paul Bahn, genannt Samson, eine Brachgestalt, wird den Breslauern durch den Film "Der Ritter von Rausch" im "Circus Buffalo" bekannt sein. Der russische Romanoff ist erheblich stärker geworden und hat in den letzten Kämpfen in Russland bedeutende Ringerin Niederlagen bereitet. Weltmeister Ritschacher ist den Breslauer Sportfreunden durch seine früheren Kämpfe bekannt. Anatoli Angello, der gewaltige Ringer, der fürstlich mit Hans Schwartze-Berlin 1 Stunde 40 Minuten gerungen, wird ebenfalls an der Konkurrenz teilnehmen; auch der hier so beliebte Schwartzauer wird auf der Matte erscheinen mit weiteren guten Ringern steht die Direktion noch in Verhandlungen.

Für die Eröffnung hat der Vorverkauf sehr rege eingesezt und empfohlen mit den Ringkampf-Sportfreunden sich die Eintrittskarten rechtzeitig zu sichern. (Weitere siehe Inserat.)

Berantwortlich für innere Politik, Wirtschaft, Freizeit und Provinziales: Dagobert Lubinski; für andere Politik, Kriege, Partei, Internationales und Sport: Erich Kunz; für Justizare Fritz Ulrich; Druck: Buchdrucker Bäsel & Daniel, familiär in Breslau.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Erhebet in Massen

zur Versammlung im „Zirkus Busch“

am Sonntag, den 17. vorm. 10 Uhr.

Hat die noch in ihrer Tätigkeit lebende Kopf- und Handarbeiterenschaft die Arbeitslosen als Sohdritter oder Streitkräfte zu fürchten?

Bestimmtes Erheben aller Betriebsniederungen wird wir — Für Vertreter von Behörden, Körperschaften, Organisationen und der Presse sind Plätze reserviert. Der Arbeitslosenrat.

Bekleidungshaus J. Ruben

Frankfurterstr. 60/62, am Bahnhof Nikolaifor.

Eröffnung

Sonnabend, den 16. Oktober 1920

Mädchen- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß

Größte Auswahl - Fachmännische Bedienung

Pelz-

Colliers, Mützen,
Hüte, Besätze

Berren-Pelzkragen
kommen Sie
sehr preiswert im
Breslauer Pelz-
und Hut-Bazar

Neue Graupenstr. 8

und
Friedr.-Wilhelm-Str. 12
(Wachplatz)

Ein Posten

Rut-Fuchs

von 225,- Mk. an

Händlerpreisliste gratis

P. Hölter, Nikolaistr. 16/17

Oberschleifer!

Gedenkt der bedrohten Heimat,
kommt zur

öffentlichen Versammlung

im großen Saal des Konzerthauses
am Mittwoch, den 20. Okt., ab 7½ Uhr.

Die Redner werden noch bekannt gegeben werden.

Freier Eintritt. Freie Ansprache.

Breslauer Arbeitsgruppen für

Erhaltung Oberschlesiens Deutschland.

Die Bevölkerungsgruppe Silesia Breslau.

Verbände heimatlicher Oberschlesier

und die

Bezirksvereine Oberschles. Karlsfeld,

Platte, Südwest und Südost.

Ein Posten

H. Breite

Tempo! der Geschäft

Zeitung. Zeitungs-, Gemüse-, Fleisch-

und Wurstwaren, Süßigkeiten,

allgemeine Produkte.

Walter neben dem Dienst

Carl Neumann, Schönfeld, 1. Stock.

Heute abend
pünktlich 7 1/4 Uhr
in dem Gebäude des
Zirkus Busch
beginnen die
Ausscheidungskämpfe der
Weltmeisterschaft

und um die Prämie von

20 000 Mk.

Auftreten

sämtlicher Ringer

Heute Sonnabend ringen:
Romanoff, Weltmeister

gegen

Caburg, Meisterring

Ackermann, Meisterring

gegen

Lotto, Finnland

Randolfi, Champ. v. Oesterreich

gegen

Gustav Naber, Meisterr. v. Ostpr.

Paul Bahn, Weltmeister

gegen

Bierholz, Meisterring

Vorher das reichhaltige

erstklassige Varieté.

Vorverkauf:

Barsack, Zigarettenhaus Kitan & Co.,

Reiseplatz Schott, Garten-Ecke Teichstrasse

Kaliskos, Friedr. Wilhelm-Ecke

Leopold Birkholz, Matthias-

und Michaelisstrasse und ab 6 Uhr abends

an der Zirkuskasse.

Hose
Gestreifte
Hose
125 Mk.
150 Mk.
175 Mk.
195 Mk.
225 Mk.

Neue Schweidnitzerstr. 6.
Inserate haben in der "Schlesischen Arz.-Zeitung" großen Erfolg.

Die "Schlesische Zeitung"

hat großen Erfolg.

</div

